

Müssen Förderschulen im Kreis zentralisiert werden?

INKLUSION WNK UWG ist besorgt.

WG A

17.09.

Die WNK-UWG möchte im Schulausschuss Antworten auf Fragen rund ums Thema Inklusion: Ist die Finanzierung der Kosten für die Inklusion im Schulbereich gesichert? Für den Kreis stünde fest, so die Partei, dass Förderschulen, die die geforderten Mindestgrößen unterschreiten, zukünftig verbindlich aufgelöst werden müssen.

Es gibt vier im Südkreis, eine in Wermelskirchen; für die Zukunft wären, für die WNK UWG bei sinkenden

Schülerzahlen nur zwei Modelle denkbar: Zentralisierung der Förderschulen auf einen Standort oder Beibehaltung aller Standorte bei Reduzierung der Anzahl der Förderschulen. „Hat es diesbezüglich zwischen den Kommunen Gespräche gegeben?“, will die WNK UWG wissen. Und: Sollte der Fortbestand der Pestalozzi-Schule wegen Unterschreitung der Schülerzahlen nicht mehr gesichert sein: Tragen Bund oder Land die laufenden Kosten? red

WNKUWG will Klarheit über Kosten für Inklusion

BH
17.09.

VON SEBASTIAN RADERMACHER

WERMELSKIRCHEN Das Thema Inklusion rückt nach der Sommerpause wieder in den politischen Fokus. Die WNKUWG-Fraktion greift das Thema auf und will von der Stadtverwaltung Klarheit über anfallende Kosten erhalten. „Ist die Finanzierung der Kosten für die Inklusion im Schulbereich gesichert oder geht der Streit zwischen Kommunen und dem Land NRW weiter?“, heißt es in einer Anfrage der Fraktion für die

nächste Sitzung des Schulausschusses am 17. Oktober.

Zum Hintergrund: Der Streit zwischen Land und Kommunen um das Gesetz zum gemeinsamen Unterricht von jungen Menschen mit und ohne Behinderung (Inklusion) hat sich verschärft. NRW-Kommunen erwägen, gegen das Inklusionsgesetz zu klagen, falls das Land ihnen bei der Finanzierung nicht entgegenkommt. Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) bekräftigte zuletzt, dass durch das Gesetz keine

neuen Aufgaben und damit auch keine Mehrbelastungen auf die Städte und Kreise abgewälzt würden. Ein vor der Sommerpause von den Kommunen vorgelegtes Gutachten, in dem von einem erheblichen zusätzlichen Finanzbedarf die Rede ist, wies die NRW-Schulministerin zurück.

Die WNKUWG will in ihrer Anfrage für den Schulausschuss zudem wissen, wie es langfristig mit der Pestalozzischule weitergeht. Für den Kreis stehe fest, dass Förder-

schulen, die die geforderten Mindestgrößen unterschreiten, künftig verbindlich aufgelöst werden müssten. Kreisweit gibt es fünf Förderschulen, neben der Pestalozzischule noch jeweils zwei Schulen in Bergisch Gladbach und Rösrath. Für die WNKUWG gebe es nur zwei Modelle: entweder die Zentralisierung der Förderschulen auf einen Standort oder die Beibehaltung der drei Standorte bei Reduzierung der Anzahl der Schulen (sofern die Schülerzahlen für drei Standorte ausrei-

chen). Die Fraktion möchte von der Verwaltung wissen, ob es diesbezüglich bereits Gespräche gegeben habe.

Falls der Fortbestand der Pestalozzischule nicht mehr gesichert sei, bleibe die Frage, wer die laufenden Finanzierungskosten (Kreditkosten, Gebäudeunterhaltung, evtl. Abrisskosten) übernehme: „Tragen Bund und Land diese Kosten, weil eine Schließung im direkten Zusammenhang mit der schulischen Inklusion stünde?“, fragt die WNKUWG.

„Ausschilderung ⁸⁴ grotenschlecht“ ^{M.M.}

WERMELSKIRCHEN (BM) Die Kritik der Bergischen Morgenpost an der Ausschilderung der Balkantrasse unterstützt die WNKUWG: „Die Ausschilderung ist qualitativ und quantitativ in der Tat grotenschlecht“, schreibt Henning Rehse in einer Presseerklärung. Das habe aber nichts mit der Telegrafienstraße zu tun. „Nicht nur die Ecke Eich/Kölner Straße ist neuralgisch, es gibt viele Stellen im innerstädtischen Verlauf, wo die Beschilderung dringend verbesserungswürdig ist.“ Seiner Ansicht nach brauche jede Route eine gute Ausschilderung: „Das Problem begann nicht mit der Aufhebung des gegenläufigen Radverkehrs“, schreibt der Politiker. Die Hinweisschilder bestanden stets aus Pappe oder Plastik und seien mit Kabelbindern befestigt und dann abgerissen worden. „Für das Abhängen von Schildern, so haben wir gelernt, ist einzig und allein die Verwaltung zuständig, folglich auch für das Aufhängen. Dann sollten die radfahrerfreundlichen Menschen aus dem freundlichen Rathaus bitte schön in die Gänge kommen.“



**Wir unterstützen
Wolfgang Bosbach**

Wie bei allen anderen inhaltlichen Themen auch sind die Mitglieder und Anhänger der WNK UWG bei der Wahl einer Partei für den Bundestag frei und unabhängig.

Aber mit unseren **ERSTSTIMMEN** unterstützen wir **WOLFGANG BOSBACH**. Weil er seit Jahren unsere Heimat im Deutschen Bundestag hervorragend vertritt.

Er ist engagiert, kompetent, bürgernah - und steht zu seinen Überzeugungen.

Wie wir!

WNK UWG
Immer da, wo Sie uns brauchen